

Rats-Update Nr. 24

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 7. April 2025

Vor der Mercatorhalle hatten sich (gut sichtbar) zahlreiche Taxis versammelt. Die Taxifahrer demonstrierten gegen den Dauer-Konkurrenten Uber und forderten für diesen einen politisch festgelegten Mindestpreis - ähnlich wie die Grundgebühr bei Taxis. So weckten sie zwar das Interesse der eintreffenden Ratsmitglieder, aber dieses Thema stand gar nicht auf der relativ kurzen Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Bedrohungslage: Schulen geschlossen

Vor Sitzungsbeginn erläuterte Oberbürgermeister Sören Link, dass am heutigen Tag aus Sicherheitsgründen zahlreiche Sekundar- und Gesamtschulen geschlossen bleiben mussten. Es hatte ein ernstzunehmendes Drohschreiben gegen diese Schulen gegeben, weshalb sich Polizei und Stadt zu diesem Schritt entschlossen hatten.

Raketenangriff auf Krywyj Rih

Weiterhin äußerte sich der OB zu dem kürzlich erfolgten russischen Raketenangriff auf die ukrainische Partnerstadt Krywyj Rih. Er erläuterte die schlimme Situation vor Ort und sprach im Namen der Stadt Duisburg seine Anteilnahme aus.

Anfragen im Rat unerwünscht

Wie inzwischen üblich, beantragten (und beschlossen) SPD und CDU die vier gestellten Anfragen, die auf der Tagesordnung standen, nicht in dieser Ratssitzung zu behandeln, sondern zunächst in die zuständigen Fachausschüsse zu verweisen.

Geheime Abstimmungen

Zudem beantragte die Fraktion der Grünen bereits vor Sitzungsbeginn eine geheime Abstimmung zu zwei bevorstehenden Tagesordnungspunkten. Bei Personalentscheidungen genügt für einen derartigen Antrag eine einzige Stimme aus den Reihen der Ratsmitglieder. Bei Themen, bei denen es nicht um Personalfragen geht, müssen ein Fünftel der anwesenden Ratsmitglieder einer geheimen Abstimmung zustimmen. Dieses Quorum wurde auf Nachfrage des Oberbürgermeisters erfüllt.

2 neue Ratsmitglieder

An Tagesordnungspunkt eins stand die Verpflichtung von zwei neuen Ratsherren. Für die SPD wurde Jürgen Lowey und für die Fraktion „die Linke/die Partei“ Herbert Führmann vereidigt, wozu sich die Anwesenden üblicherweise von ihren Sitzen erheben.

Neuer Aufsichtsrat der Stadtwerke gewählt

Der erste Punkt, zu dem die Grünen eine geheime Abstimmung gefordert hatten, war die Wahl eines neuen Aufsichtsrats für die Duisburger Stadtwerke AG (SWDU). Es gab neun Kandidaten aus den verschiedenen Fraktionen für sieben Sitze.

Die geheime Abstimmung dauerte ca. 20 Minuten, dann standen die Ergebnisse fest: die SPD hatte drei Stimmen weniger, als SPD-Ratsmitglieder anwesend waren. Die CDU hatte zwei Stimmen mehr, als die CDU-Fraktion an diesem Tag hatte, das BSW hatte drei Stimmen mehr, als es BSW-Ratsmitglieder im Duisburger Stadtrat gibt. Nur die Grünen haben die exakte Anzahl ihrer möglichen Stimmen erreicht. Vermutlich hatten die Grünen auf „geheime“ Stimmen der anderen Fraktionen gehofft um ihren zweiten Kandidaten 'durchzubekommen'. Dieser Plan (wenn es denn einer war) ist offensichtlich nicht aufgegangen.

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke besteht zukünftig aus zwei SPD-Mitgliedern, zwei CDU-Mitgliedern, einer Ratsfrau der Grünen, einem Ratsmitglied der AfD und einem Mitglied von Junges Duisburg (JuDu), für den absprachegemäß auch die FDP-Fraktion und die Gruppe der SGU gestimmt hatten. Zur Erläuterung: Ohne derartige Absprachen bekämen die kleinen Fraktionen niemals einen Sitz in diesen, für die politische Arbeit, sehr wichtigen Gremien.

Projektgesellschaft Urban Zero Ruhrort hat aufgegeben

Die Firma Haniel hatte vor einigen Jahren die Idee, den Stadtteil Ruhrort zum ersten klimaneutralen Stadtteil des Ruhrgebiets zu machen. Dieser Idee schlossen sich damals (begeistert) mehrere städtische Gesellschaften an und gründeten gemeinsam die Projektgesellschaft „Urban Zero Ruhrort mbH“. Neben den städtischen Gesellschaften war Haniel mit 24,5% und die Hafen AG mit weiteren 10% an dieser Gesellschaft beteiligt. Bisher war nur Positives von der Arbeit dieser Gesellschaft und dem schrittweisen Vorankommen der Idee zu hören.

Jetzt lag dem Stadtrat überraschend eine Beschlussvorlage vor, wonach die Projektgesellschaft ihre „operative Arbeit“ eingestellt hätte, aber nicht aufgelöst werden soll. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gebag soll nun für jeweils 1,-€ die Anteile von Haniel und der Hafen AG übernehmen. Die ganze Projektidee soll zukünftig in einem neu zu gründenden Verein weitergeführt werden. In der Verwaltungsvorlage wurde nicht erklärt, warum die Gesellschaft ihre Tätigkeit eingestellt hat, warum sie dennoch nicht aufgelöst werden soll, wo der Vorteil einer Vereinsgründung liegt und warum ausgerechnet die (mutmaßlich angeschlagene) Gebag die Anteile von Haniel und Hafen übernehmen soll.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies stellte diese Fragen, die der Stadtdirektor jedoch nur relativ oberflächlich und unzureichend beantwortete. Die größeren Fraktionen hatten offensichtlich keine Fragen, vermutlich weil ihnen die wahren Hintergründe bekannt sind. Dem Hörensagen nach, soll sich die Firma Haniel komplett von der Idee verabschiedet haben, Ruhrort klimaneutral gestalten zu wollen. Der ausweichenden Antwort des Stadtdirektors entsprechend, entschied die FDP-Fraktion sich, die Vorlage aufzulehnen. Alle anderen Fraktionen sahen kein Problem und stimmten zu.

Ethische Grundsätze für die Ratsarbeit

In der letzten Ratssitzung wurde ein Antrag von SPD, CDU und BSW beschlossen, wonach die Stadtverwaltung „*ethische Grundsätze für die Arbeit im Rat*“ entwickeln sollte. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies hatte schon damals ablehnende Worte für den Antrag gefunden. Denn er unterstellte jedem gewählten Ratsmitglied „von Natur aus“ einen ethisch-moralischen Kompass, der nicht erst durch die Verwaltung justiert oder reglementiert werden muss. SPD, CDU, BSW und JuDu beschlossen den Antrag dennoch.

In dieser Sitzung legte die Stadtverwaltung tatsächlich ihre ausgearbeiteten „*ethischen Grundsätze*“ vor. Dabei handelte es sich um eine Ansammlung von selbstverständlichen Umgangsformen und ohnehin vorhandenen gesetzlichen Regeln und Vorschriften. Die Grünen, die sich bereits in der letzten Sitzung dagegen ausgesprochen hatten, dass diese Grundsätze von der Verwaltung erarbeitet werden sollen, anstatt von den Politikern selbst, beantragten die sogenannte erste Lesung. Das heißt, es kann darüber gesprochen aber nicht abgestimmt werden. Diesem Wunsch kamen die großen Fraktionen kommentarlos nach, was bedeutet, dass dieser Antrag den Ratsmitgliedern in der kommenden Sitzung (dann zum vierten Mal) wieder begegnen wird.

Reisen nach Portsmouth

Nahezu einstimmig beschloss der Stadtrat mal wieder die englische Partnerstadt Portsmouth zu besuchen. Im Mai begleitet Bürgermeisterin Klabuhn (SPD) das sogenannte „Major Making“, also die 'Inthronisierung' des neuen Bürgermeisters der Stadt. Im Juli wird Oberbürgermeister Sören Link drei Tage lang von einer Delegation des Stadtrats, bestehend aus jeweils zwei SPD-, CDU- und Grünen-Mitgliedern, sowie je einem Mitglied von AfD, Linken, JuDu, FDP, Tierschutz/DAL, BSW und SGU begleitet. Da Ratsherr Sipahi als fraktionsloser Ratsvertreter kein Anrecht auf die Teilnahme an derartigen Reisen hat, lehnte er als einziger die geplanten Reisen ab. Für die FDP wird der Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies an dieser Reise teilnehmen.

Des Weiteren beschloss der Rat, dass Bürgermeisterin Klabuhn im Juni zur französischen Partnerstadt Calais reisen darf, um dort am 43. Sportaustausch des Stadtsportbundes teilzunehmen. Auch gegen diese Reise stimmte Ratsherr Sipahi, obwohl es sich nicht um eine Ratsdelegation handelte.

Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer

Im weiteren Verlauf der Ratssitzung stand die Beratung einer Verwaltungsvorlage an, die den Titel „*Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer*“ trug, in der jedoch genau das Gegenteil beschlossen werden sollte, nämlich von der Einführung dieser Steuer abzusehen. Die Stadt Tübingen hatte 2022 eine derartige Steuer für Einwegverpackungen und Einweggeschirr eingeführt.

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hatte die städtische Steuer zunächst für unwirksam erklärt. Das Bundesverwaltungsgericht sah die Verpackungssteuer dagegen als „im Wesentlichen“ rechtmäßig an. Der Städte- und Gemeindebund empfiehlt, sich mit der Einführung der Steuer zurückzuhalten, da die Rechtslage nach wie vor unsicher ist und die finanziellen Folgen für kleinere örtliche Gastronomen und Kioske bitter sein könne. Zudem soll abgewartet werden, ob die erwünschte Lenkungswirkung in Tübingen, also die Reduzierung des Mülls, durch die Steuer überhaupt erreicht wird.

Erwartungsgemäß hatten die Grünen einen gegenteiligen Antrag gestellt und kämpften mit zahlreichen langatmigen Wortmeldungen für die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer. Die Linken unterstützten den Antrag der Grünen. Ebenso erwartungsgemäß gab es zahlreiche gegenteilige Wortmeldungen zu diesem Thema. Die SPD verwies auf eine EU-Richtlinie, die derzeit in Arbeit ist. Die CDU erklärte, dass man eine Konkurrenzsituation mit den Nachbarstädten herstellen würde, die sich nachteilig auswirken könne. Letztendlich wurde der Antrag der Grünen mit großer Mehrheit abgelehnt und die ursprüngliche Beschlussvorlage, diese Steuer (derzeit) nicht einzuführen, beschlossen. Nur die Grünen und BSW stimmten dagegen.

Deutschlandticket für Schülerinnen und Schüler

Die Verwaltung hatte errechnet, dass es für die Stadt, die DVG (Duisburger Verkehrsgesellschaft) und den VRR (Verkehrsverbund Rhein-Ruhr) günstiger sei, in den kommenden beiden Schuljahren das bisherige Deutschlandticket für Schülerinnen und Schüler weiterzuführen, als das frühere Schokoticket wieder einzuführen, da dies von Land und Bund nicht derart bezuschusst wird, wie das Deutschlandticket. Diese Rechnung gilt auch nach der Preiserhöhung des Deutschlandtickets von 49 € auf 58 €. Dementsprechend schlugen DVG, VRR und die Stadtverwaltung dem Rat vor, das Deutschlandticket weiterzuführen. Dadurch entstehen Gesamtkosten in Höhe von 5.153.000,00 Euro pro Schuljahr (58,- € x 12 Monate = 696,-€ x 7.404 nutzende Schüler/innen). Der Rat beschloss die Vorlage einstimmig.

Zuschüsse für Wohlfahrtsverbände

Die Wohlfahrtsverbände (Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Diakonisches Werk, Deutsches Rotes Kreuz und der Paritätische Wohlfahrtsverband) erledigen im Auftrag der Stadt zahlreiche anfallende Aufgaben im Sozialbereich, zu denen die Stadt zwar gesetzlich verpflichtet ist, die sie jedoch nicht allein erfüllen kann. Dafür erhalten die Wohlfahrtsverbände jährlich einen Zuschuss in Höhe von 551.924,42 Euro, der unter den Verbänden aufgeteilt wird. Üblicherweise entscheiden die Verbände selbst im Vorfeld der Ratsvorlage über die Verteilung der Mittel, dennoch muss der Rat die konkreten Summen an die einzelnen Organisationen beschließen. An sich ist dies im Duisburger Stadtrat jedes Jahr ein „durchlaufender Posten“, der immer kommentarlos beschlossen wird.

Diesmal stand jedoch ein irritierender Änderungsantrag der AfD auf der Tagesordnung, wonach nur das Deutsche Rote Kreuz die o.g. Mittel erhalten sollte. Erst durch die mündliche Erläuterung des AfD-Vorsitzenden wurde klar, worum es ging. Die anderen Wohlfahrtsverbände hatten sich im Laufe des vergangenen Jahres oft negativ über die AfD geäußert, sich gegen die AfD gestellt oder die AfD bewusst nicht zu deren Veranstaltungen oder Versammlungen eingeladen. Aus diesem Grund wollte die AfD-Fraktion diesen Organisationen keine Mittel zukommen lassen. Letztendlich beschloss der Rat die benötigten und errechneten Summen an alle o.g. Verbände. Nur die AfD stimmte dagegen.

Vorkaufsrecht der Stadt

Die Stadt möchte bei der zukünftigen Entwicklung von Grundstücken sicherstellen, dass alle Planungen im Sinne der Stadt erfolgen. Deshalb schlug die Verwaltung dem Rat vor, bestimmte Flächen mit einem städtischen Vorkaufsrecht zu belegen. Die Flächen sollen z.B. zur Deckung des Wohnraumbedarfs zur Verfügung stehen aber auch für Maßnahmen zum Schutz von Boden, Natur und Landschaft.

Dazu hatte die Verwaltung der Bezirksvertretung Süd (BV-Süd) eine Liste mit Grundstücken vorgelegt in der sich u.a. das Gebiet von HKM befand aber auch landwirtschaftlich genutzte Flächen. Die Bezirksvertreter hatten zahlreiche Fragen zur zukünftigen Nutzung bestimmter Flächen, die jedoch nicht konkret beantwortet werden konnten, weshalb die Bezirksvertretung einstimmig entschied, zunächst noch keinen Beschluss zu fassen, sondern die Angelegenheit erst in einer weiteren Sitzung zu beraten.

Obwohl die zweite Sitzung der Bezirksvertretung bisher nicht stattgefunden hat, lag diese Vorlage dem Rat nun zum endgültigen Beschluss vor. Die FDP-Fraktion und die Grünen forderten, dass zunächst die offenen Fragen der BV-Süd geklärt werden sollten, bevor der Rat abschließend entscheidet.

Die anderen Fraktionen sahen jedoch weder inhaltlich ein Problem noch hatten sie Bedenken, die (eigenen) Bezirksvertreter im Süden zu übergehen. Außer FDP und AfD stimmten sie mehrheitlich der Grundstücksliste und dem städtischen Vorkaufsrecht zu. Derzeit erarbeitet die Stadtverwaltung schon Grundstückslisten für alle anderen Bezirksvertretungen.

Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele

Der Rat begrüßte in einer weiteren Beschlussvorlage einstimmig die Initiative des Deutschen Olympischen Sportbundes für eine Bewerbung zur Austragung von Olympischen und Paralympischen Spielen in der Region Rhein-Ruhr in den Jahren 2036 oder 2040.

Bis zum 31. Mai soll ein Konzept ausgearbeitet werden, bei dem die möglichen Sportstätten für die unterschiedlichen Sportarten genannt werden und wo ein großes Dorf für die rund 10.500 Athletinnen und Athleten der Olympiade und 4.000 Sportlern der Paralympischen Spiele entstehen könnte. Über die Kosten oder Kostenbeteiligungen von Bund, Land, RVR und Kommunen soll erst in einem späteren Stadium der Bewerbungsphase gesprochen werden.

Stadt kauft Grundstück und 6-stöckiges Gebäude, um es abzureißen

Die Stadt hat 2023 ein 8.400m² großes Grundstück mit einem ehemaligen 6-stöckigen Verwaltungsgebäude von Siemens gekauft, um darin eine Kindertagesstätte zu eröffnen, Räume für das Hochfelder Projekt „Urbane Zukunft Ruhr“ zur Verfügung zu stellen und mehrere Etagen für Büro- und Dienstleistungsnutzung zu errichten. Über den damaligen Kaufpreis darf öffentlich nicht berichtet werden.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gebag wurde beauftragt, das Gebäude, welches in direkter Nähe zum Gelände der IGA 2027 liegt, umzubauen und zu vermarkten. Dazu hat die Gebag eine Studie in Auftrag gegeben, die ergab, dass kaum eine der gedachten Nutzungen in diesem Gebäude realisierbar sei. Weder aus finanzieller noch aus zeitlicher Sicht sei es möglich, das Gebäude so umzubauen, wie es die Stadt ursprünglich gedacht hatte. Vor allem sei ein Umbau nicht vor dem Start der IGA 2027 (Internationale Gartenausstellung 2027 im Ruhrgebiet) möglich.

Daher schlug die Stadtverwaltung dem Rat jetzt vor, das Gebäude für ca. 800.000,-€ abzureißen und das freistehende Gelände für die IGA 2027 herzurichten und mit einem „Mini-Wald“ zu bepflanzen. Nach der IGA 2027 soll dann ein modernes neues Gebäude errichtet werden, in dem dann die ursprünglich geplanten Nutzungen möglich sind. Nur FDP und Linke fanden diese offensichtliche Steuergeldverschwendung unangebracht und stimmten dagegen. Alle anderen folgten dem Verwaltungsvorschlag.

Bevölkerungsbefragung 2024 in Duisburg

Nachdem sich vor drei Jahren die allgemeine finanzielle Lage der Stadt etwas verbessert hat, hat der Stadtrat die Durchführung einer jährlichen Bevölkerungsbefragung in Duisburg beschlossen. Diese wurde von Anfang September 2024 bis Ende Oktober 2024 zum dritten Mal durchgeführt. Die Umfrage ist aus wissenschaftlicher Sicht repräsentativ, da Antworten von insgesamt 7.341 Befragten eingegangen sind. 85,6% der Befragten beteiligten sich digital an dieser Umfrage. Der Link zu den Ergebnissen: <https://opendata-duisburg.de/sites/default/files/Duisburger%20Bev%C3%B6lkerungsbefragung%202024.pdf>

Die Fraktion JuDu sah sich darin bestätigt, dass das Thema Sicherheit das größte Problem in Duisburg darstelle. Der Oberbürgermeister erklärte dazu, dass er die Ergebnisse sehr ernst nehme und entsprechend handeln wird, allerdings im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Mahlberg antwortete, dass „die Ratsmehrheit“ (damit meint er immer SPD und CDU) im Bereich der Sicherheit schon sehr viel getan habe. Wenn die Bevölkerung das anderes sehe, müsse man dies zur Kenntnis nehmen. Er hätte jedoch eine andere Wahrnehmung.

Die CDU verurteilte JuDu dafür, dass sie das subjektiv wahrgenommene schlechte Sicherheitsgefühl der Bevölkerung durch ständiges Wiederholen befeuern würde. Der Oberbürgermeister legte noch einmal nach, indem er eine längere Liste von Maßnahmen vortrug, die im Bereich der Sicherheit in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich durchgeführt worden sind.

Antrag Grüne und Linke: Keine Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete

Grüne und Linke hatten einen gemeinsamen Antrag formuliert, in dem der Stadtrat feststellen sollte, dass es keine Notwendigkeit für die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete gäbe und die Stadt deshalb die Karte nicht einführen solle.

Erwartungsgemäß kam es bei diesem Antrag zu zahlreichen emotionalen Wortbeiträgen der Befürworter und Gegner. Die Vertreter der Linken erklärten, dass die Bezahlkarte menschenunwürdig und stigmatisierend sei. Die SPD erklärte, dass dies zurzeit Thema der Koalitionsverhandlungen in Berlin sei und die Stadt deshalb jetzt keine Alleingänge durchführen solle. Die Fraktion JuDu wetterte, dass sie bereits Anfang 2024 die Einführung der Karte beantragt habe, was damals jedoch von der Ratsmehrheit abgelehnt wurde, weil die Stadt schon damals auf eine bundesweite flächendeckende Lösung wartete. Man hätte die Bezahlkarte also bereits seit über einem Jahr haben können.

Grüne und Linke wehrten sich und verteidigten ihren Antrag mit zahlreichen Wortmeldungen. Unter anderem hörte man die Vorstellung von der alleinerziehenden geflüchteten Mutter, die an der vollen Kasse im Supermarkt ihren Einkaufswagen wieder leeren müsse, weil das Geld auf der Karte nicht reiche - und was dann die zahlreichen Wartenden denken würden. Die Grünen schimpften über das schlechte Landesgesetz. Dem entgegnete OB Sören Link, dass es eine Ministerin der Grünen war, die die Möglichkeit der Nicht-Einführung der Karte ermöglichte. Er warf den Grünen Doppelmoral vor.

Die Grünen hatten eine geheime Abstimmung über ihren Antrag gefordert, die jedoch nicht durchgeführt werden konnte, da es immer weitere Wortmeldungen gab. Schließlich meldete sich ein Ratsherr der AfD zu Wort und beantragte das Ende der Debatte, damit man zur Abstimmung kommen könne. Diesem Wunsch bzw. Antrag kamen nahezu alle Ratsfraktionen gerne nach, da inzwischen tatsächlich alle Argumente ausgetauscht waren. Die geheime Abstimmung ergab 29 Stimmen für den Antrag und 63 dagegen. Die Grünen waren mit 16 Ratsmitgliedern vertreten und die Linke mit 3 Ratsmitgliedern.

Während der geheimen Abstimmung machten einige Ratsmitglieder der Grünen darauf aufmerksam, dass man soeben einem Antrag der AfD gefolgt sei, obwohl die meisten Ratsfraktionen in einer Resolution bereits vor 4,5 Jahren verabredet hatten, grundsätzlich keinem Antrag der AfD zu folgen. Dass es sich hierbei lediglich um den Wunsch handelte, endlich die langatmige Rednerliste zu schließen und zur Abstimmung zu kommen, spielte offenbar keine Rolle. Die demonstrative Empörung der Grünen und Linken war heftig, so dass auch die WAZ diesen Vorgang später als Skandal darstellte. SPD und CDU entschuldigten sich öffentlich nach der Abstimmung dafür, dass sie dem Antrag der AfD gefolgt seien, da ihnen nicht bewusst gewesen sei, dass es sich um den Antrag eines AfD-Mitglieds handelte.

Antrag JuDu: Willkommenspaket für Neugeborene

Die Fraktion von Junges Duisburg (JuDu) hatte beantragt, dass die Stadt sich mehr um junge Familien und deren Neugeborene kümmern solle. Deshalb solle ein Willkommenspaket mit Informationen und Angeboten erstellt werden, welches persönlich vom Jugendamt überreicht werden soll. Auf diese Weise wäre ein erster persönlicher Kontakt zum Jugendamt hergestellt und das Jugendamt könne sich ein Bild von der Situation der Familie machen. Erwartungsgemäß erklärte die SPD dazu, dass es „so etwas Ähnliches“ bereits gäbe und dadurch im vergangenen Jahr schon rund 1.000 Familien erreicht worden seien. JuDu konterte, dass ein Flyer, der im Krankenhaus liege, kein Willkommenspaket sei. Letztendlich stimmten nur JuDu, FDP, Tierschutz/DAL und Ratsherr Sipahi für den JuDu-Antrag.

„Sauberkeitspatenschaften“

Ein weiterer Antrag von JuDu forderte die Möglichkeit „Sauberkeitspatenschaften“ einzurichten. Demnach sollen Bürger die Patenschaft für einzelne Parks, Spielplätze oder ganze Straßenzüge übernehmen. Auch hier widersprach die SPD mit der Argumentation, dass es bereits seit 1999 den erfolgreichen Verein „Offensive sauberes Duisburg“ gibt, der in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsbetrieben Reinigungsaktionen durchführe und dem sich jeder Bürger anschließen könne. Doppelstrukturen schafften keine Vorteile. Die Grünen fanden den JuDu-Antrag gut und verteidigten ihn mit zahlreichen Wortmeldungen. Nach längeren Diskussionen stimmten jedoch nur die kleineren Fraktionen dafür.

Ende der Ratssitzung bereits um 18:00 Uhr

Trotz längerer Diskussionen zu einzelnen Themen beendete der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung bereits gegen 18.00 Uhr. Anfang Mai ist eine Sondersitzung des Stadtrates geplant. Die nächste reguläre Ratssitzung findet am 23. Juni statt. Danach informieren wir Sie wieder gerne über die interessantesten Themen - aus Sicht der Liberalen. Bis dahin wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies, Oliver Alefs und Kira Schulze Lohoff**, eine gute Zeit.

Thomas Wolters

FDP-Fraktionsgeschäftsführer